

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Lieber Wahlkreis!

Ich denke, wenn ich an den schrecklichen Terroranschlag in der vergangenen Woche in Manchester denke, dann geht es mir wie vielen von euch: fassungslos, traurig – auch wütend. Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer und mit den Verletzten. Ihnen, aber auch der ganzen Stadt und dem gesamten Land gilt unsere Solidarität und unsere tiefe Anteilnahme.



Denn dieser hinterhältige Terroranschlag galt wieder einmal uns allen, die wir in einer offenen und toleranten Gesellschaft leben, in der jeder frei entscheiden kann, wie er oder sie ihr Leben leben möchte. Das ist nicht nur unser Lebensgefühl. Es ist auch einer der Grundwerte unserer liberalen Demokratie. Und die werden wir – wenn notwendig – mit allen Mitteln gegen Extremismus und Terrorismus verteidigen und ihre Feinde bekämpfen.



Ich finde, Martin Schulz hat in der vergangenen Woche genau den richtigen Ton gegenüber den Attentätern getroffen: „Ihr werdet scheitern! (...) Was auch immer ihr versucht – unsere Gesellschaft ist stärker als euer Hass und euer Wahn.“

Und er hat recht. Meine Angst bekommen sie nicht. Denn das ist es, was sie wollen...

Trotz dieser schweren Worte, alles Gute für die Woche!

Eure Sabine

TRAUER UM DIE TOTEN VON MANCHESTER

Landesregierung tritt Terrorismus „mit allen Mitteln“ entgegen

Der schreckliche Terroranschlag bei einem Pop-Konzert in Manchester am vergangenen Montag hinterlässt Entsetzen, Trauer und Mitgefühl mit den Hinterbliebenen jener Menschen, die am Montagabend auf grausame Art und Weise ums Leben gekommen sind. Die Ministerpräsidentin erreichte die schreckliche Nachricht in der Nacht von Montag auf Dienstag.

„Wir sind voller Trauer und Anteilnahme für unsere britischen Freunde und Freundinnen. Im Namen aller Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen sprechen wir den Opfern und Angehörigen unsere tiefste Anteilnahme aus“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Der gesamte Ministerrat gedachte der Opfer im Rahmen seiner Sitzung im Nationalpark Hunsrück-Hochwald anlässlich dessen zweijährigen Jubiläums.



„Ich bin tief erschüttert vom Ausmaß der Brutalität dieses Anschlags auf unschuldige Jugendliche und junge Erwachsene, die auf einem Popkonzert **g e m e i n s a m** feierten“, erklärte die Ministerpräsidentin. „Wir stehen fest an der Seite unserer britischen Freunde und Freundinnen.“

„Wir dürfen uns der Gewalt nicht beugen. Der Terror darf nicht unseren Alltag bestimmen oder politische Positionen erzwingen“, erklärte Innenminister Roger Lewentz. „Wir werden alles Menschenmögliche dafür tun, das Leben und die Freiheit aller Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen. Mit allen Mitteln des Rechtsstaats werden wir Extremismus und Terrorismus entgegentreten.“

„EINE VERTANE CHANCE FÜR FRAUEN“

Arbeitsministerin Bätzing-Lichtenthäler und Frauenministerin Spiegel zum Scheitern des Rückkehrrechts von Teil- in Vollzeit

Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Frauenministerin Anne Spiegel bedauern, dass der Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechts auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung, von dem vor allem in Teilzeit arbeitende Frauen profitiert hätten, gescheitert ist. „Damit wurde die Chance vertan, insbesondere Frauen, die in der Regel aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren, endlich aus der Teilzeitfalle herauszuhelfen. Denn eine dauerhafte Teilzeitbeschäftigung verhindert zum einen eine eigenständige Existenzsicherung und zum anderen zieht sie geringere Beiträge zur Altersversorgung nach sich“ sagten die beiden zuständigen Ministerinnen im rheinland-pfälzischen Landeskabinett.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hatte die Entscheidung des Kanzleramtes bekanntgegeben, dass der Gesetzentwurf auf Rückkehrrecht in die vorherige Arbeitszeit – entgegen der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD im Bund – in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr aufgerufen werde. „Das ist enttäuschend“, kommentierte Andrea Nahles die negative Entscheidung der Kanzlerin. „Frau Merkel verhindert damit das Gesetz, das für hunderttausende Frauen den Weg aus der Teilzeitfalle bereitet hätte. Angesichts eines wachsenden Fachkräftemangels und des dringenden Bedarfs einer höheren Frauenerwerbstätigkeit, ist die Blockadehaltung der Union nicht nur frauenpolitisch rückwärtsgewandt, sondern auch wirtschaftspolitisch unvernünftig. Für mich ist das Thema damit nicht vom Tisch. Es bleibt auf der Tagesordnung der nächsten Wochen und Monate. Ich werde mich weiterhin vehement für die Rechte von Frauen am Arbeitsmarkt einsetzen.“

In den Tenor stimmten auch die zuständigen Ministerinnen im Land ein: „Diese Entscheidung bremst eine höhere Frauenerwerbstätigkeit. Wir brauchen mehr Frauen, die Vollzeit arbeiten, um Altersarmut zu vermeiden und dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken“, unterstrich Bätzing-Lichtenthäler. „Es ist mir unbegreiflich, dass das Kanzleramt dieses wichtige frauenpolitische Thema hinten anstellt. Wir brauchen ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit und ich werde mich aktiv dafür einsetzen, dass wir dieses auch bekommen – wenn nicht in dieser, dann in der kommenden Legislaturperiode im Bund“, erklärte Anne Spiegel.

SICHERE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT

Unternehmerdialog des SPD-Wirtschaftsforums tagte in Mainz

Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft aus ganz unterschiedlichen Branchen, ein prominent besetztes Podium und spannende Reden, unter anderem von Ministerpräsidentin Malu Dreyer – das war der Unternehmerdialog Mainz des Wirtschaftsforums der SPD am Dienstag, den 23.05.2017 im „Favorite Park Hotel“ in Mainz.

Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, blickt zurück auf eine gelungene Veranstaltung: „Die SPD ist die Partei der starken Wirtschaft für Rheinland-Pfalz. Auf unsere zugkräftige und wettbewerbsfähige Wirtschaft hierzulande sind wir stolz. Und wir fördern sie, indem wir den intensiven Austausch mit der Wirtschaft suchen und wirtschaftlichen Erfolg immer mit starken Arbeitnehmerrechten zusammendenken.“



Damit unser Land auch in Zukunft so stark bleibt, haben wir gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer, unserem Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer und unseren Partnerinnen und Partnern aus der Wirtschaft darüber diskutiert, welche Herausforderungen in Zukunft auf die Unternehmen im Land zukommen werden. Dabei ist für uns vor allem klar, dass wir weiterhin entschiedene Investitionen in Infrastruktur, Mobilität und die Bildung benötigen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten.

Wir als SPD Rheinland-Pfalz stehen der Wirtschaft auch in Zukunft als starker und verlässlicher Partner zur Seite und setzen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Wir wissen, dass durch die Digitalisierung die Karten in einigen Bereichen völlig neu gemischt werden. Gemeinsam machen wir Rheinland-Pfalz fit für die Zukunft!“

DARF FLEXIBILISIERUNG GRENZENLOS SEIN?

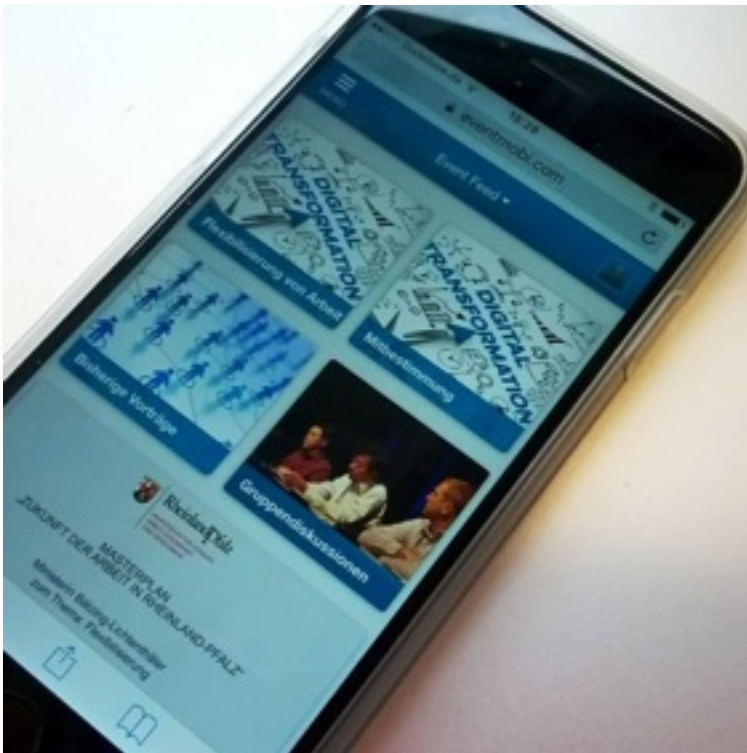
Digitalisierung der Arbeit: „Keine einseitige Verteilung der Lasten“

Die Frage, wie weit die Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort gehen soll und wie diese gestaltet werden kann, stand im Mittelpunkt der heutigen Themenkonferenz „Flexibilisierung: Grenzenlos arbeiten?“ in Ludwigshafen. „Bei allen Möglichkeiten, die die Digitalisierung für die Arbeitswelt bietet: Die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, nämlich irgendwann abschalten zu dürfen und sich von der Arbeit zu erholen, bleiben unverändert. Für mich ist deshalb völlig klar, dass Arbeit – bei allem Verständnis für neue Möglichkeiten und auch Anforderungen – nicht ‚grenzenlos‘ werden darf“, sagte Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler in ihrem Grußwort.



An verschiedenen Thementischen, beispielsweise zur Digitalisierung im Handwerk oder zur Flexibilisierung aus Sicht der Wissenschaft, waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weitestgehend einig: Die Freiheit in der Gestaltung von Arbeitsort und -zeit bringt Vorteile mit sich. Für die Unternehmen, weil die Abläufe in einer – teils weltweiten – Produktionskette besser miteinander verzahnt werden und die Beschäftigten intensiver und effizienter kommunizieren können als früher. Und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil ihnen dies vielfältige Möglichkeiten eröffnet, Freizeit und Beruf flexibel in Einklang zu bringen.

Bei der Diskussion über die Risiken der Flexibilisierung wurde deutlich: Das Interesse der Unternehmen, ihre Mitarbeiter zeitlich und örtlich flexibel einzusetzen und der Wunsch der Beschäftigten selbst, flexibel zu arbeiten, müssen keineswegs übereinstimmen. „Es ist wichtig, dass wir intelligente Lösungen finden; eine einseitige Verteilung der Lasten darf es nicht geben“, so die Ministerin. Das gelte auch für die Flexibilisierung ganzer Beschäftigungsverhältnisse. „Wenn



Digitalisierung allen Orten: Auch über eine App kann man über die Zukunft der Arbeit mitdiskutieren.

beispielsweise Crowdworker nicht mehr abgesichert sind und Mindestlohn, Kündigungsschutz, Streikrecht, Urlaubsanspruch, Rente oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für sie nicht existieren, dann ist das ein Problem. Viele der Lebensrisiken, die die Sozialversicherungen abfangen, existieren auch noch in einer digitalisierten Welt“, sagte Bätzing-Lichtenthäler.

Aufgrund der Bedeutung des Themas für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen sei die Flexibilisierung ein wichtiger Aspekt für die Erarbeitung eines Masterplans „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“. Der Masterplan wird unter Federführung des Arbeitsministeriums zusammen-

men mit den Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches (OT) der Ministerpräsidentin sowie Expertinnen und Experten entwickelt.

Die Ergebnisse der themenspezifischen Konferenzen in vier Regionen, an denen alle Partner des OT sowie Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände und Betriebe die Möglichkeit haben, sich einzubringen, fließen in ein Strategiepapier ein, das konkrete, aufeinander abgestimmte Zielsetzungen enthält, um den Wandel der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz aktiv zu gestalten. Die nächste Themenkonferenz mit dem Schwerpunkt Mitbestimmung findet am 27. Juni in Mainz statt. Weitere Informationen zum Prozess sowie über die Möglichkeiten der Beteiligung finden Sie auf der Internetseite www.masterplan.rlp.de.

SEGELFLUGCLUB BALD MIT NEUEM HANGAR

Ministerium des Inneren und für Sport und Landessportbund bezuschussen Hallenneubau des Vereins mit 26.200,00 Euro

Für den Neubau einer Halle für Segelflugzeuganhänger mit darin befindlichen Flugzeugen erhält der Segelflugclub Betzdorf-Kirchen e. V. einen finanzkräftigen Zuschuss von 26.200,00 Euro durch das Land Rheinland-Pfalz und den Landessportbund. Dies ergab jetzt eine Anfrage der heimischen SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler beim rheinland-pfälzischen Ministerium des Inneren und für Sport.

Das Geld dafür kommt aus dem „Sonderprogramm zur Förderung von kleinen Baumaßnahmen der Sportvereine“ für das Jahr 2017. Damit unterstützt das rheinland-pfälzische Ministerium des Inneren und für Sport gemeinsam mit dem Landessportbund besonders diejenigen Sportvereine im Land, die eigene oder gepachtete Sportanlage unterhalten. „Unsere Sportvereine tragen mit ihren vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten erheblich mit dazu bei, dass unsere Region lebenswert ist und bleibt. Sie haben eine bedeutende Funktion für das öffentliche Wohl und ich bin froh, dass sie durch das Land Rheinland-Pfalz und den Landessportbund dafür die angemessene Unterstützung erfahren“, so Bätzing-Lichtenthäler. „Dies gilt unter anderem auch für den Segelflugclub Betzdorf-Kirchen, der ein eher außergewöhnliches Sportangebot vorhält, auf das unsere Region zu recht stolz sein kann. Für die Baumaßnahme wünsche ich dem Verein gutes Gelingen und weiterhin viel Erfolg bei seinen zukünftigen Aktivitäten!“